

SPD besteht auf Atomausstieg

ERSTELLT 26.10.05, 21:06h, AKTUALISIERT 26.10.05, 22:36h

Verlängerung der Kraftwerks-Laufzeiten um acht Jahre wird Streitpunkt.

Berlin - Eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken wird nach Überzeugung von SPD-Umweltpolitikern keinesfalls im Koalitionsvertrag vereinbart werden können. Der im Jahr 2000 mit der Kernenergie-Industrie vereinbarte Ausstieg bis 2020 sei „für die SPD nicht verhandelbar“, sagte der stellvertretende SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende Michael Müller. „Wir haben der Union klar gemacht, dass wir uns in der Frage nicht bewegen werden“, sagte der SPD-Umweltpolitiker und Bonner Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber dem „Kölner Stadt-Anzeiger“.

Kelber widersprach vehement einer Meldung, es sei in den Gesprächen um eine Erhöhung der Atomstrommengen sowie verlängerte Laufzeiten um bis zu acht Jahren gegangen: „Das ist eine absolute Ente, wir werden erst in der kommenden Woche über die Atomenergie reden.“ Der designierte Umweltminister Sigmar Gabriel habe bereits „nachdrücklich deutlich gemacht“, dass es Veränderungen an der Atomausstiegsvereinbarung nicht geben werde.

Kelber schloss sich ausdrücklich der Einschätzung des Juso-Vorsitzenden Björn Böhning an, dass verlängerte Laufzeiten die Zustimmung der SPD zum gesamten Koalitionsvertrag „massiv gefährden“ würde. Der Ausstieg sei ein „echtes Herzenthema für die SPD“.

Dem vor fünf Jahren abgeschlossenen Ausstiegsvertrag gemäß müssen in der kommenden Legislaturperiode bis 2009 insgesamt vier Kernkraftwerke vom Netz gehen. Im Jahr 2007 soll als erstes Biblis A abgeschaltet werden. Danach sind Biblis B, Neckarwestheim I und Brunsbüttel an der Reihe.

Vier große Energiekonzerne sowie die Gewerkschaften Bergbau-Chemie-Energie und Verdi hatten am Dienstag in einem gemeinsamen Schreiben an SPD-Chef Franz Müntefering längere Laufzeiten gefordert. Dabei erhalten sie Rückendeckung vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Carsten Kreklau, Mitglied der BDI-Geschäftsführung, sagte anlässlich der Vorstellung einer Studie zu dem Thema: „Eine sichere, zuverlässige, umweltschonende und preiswerte Stromversorgung in Deutschland ist ohne die Kernenergie auf absehbare Zeit nicht denkbar.“

Die Studie, die das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln und die „Energy Environment Forecast Analysis GmbH“ im Auftrag des BDI erstellt haben, kommt zu dem Schluss, dass eine Verlängerung der Laufzeit von 32 auf 40 Jahre positive Effekte hätte. Investitionen, die sonst für den Ersatz von Atomstrom in den Bau neuer Braunkohle-Kraftwerke fließen müssten, würden erst später notwendig. Sie gehen zudem nicht nur von geringeren Strompreisen, sondern auch von sinkenden Kosten für CO2-Zertifikate aus. Das mache Strom aus Steinkohle gegenüber der Gasverstromung konkurrenzfähiger. Eine Laufzeit von 40 Jahren könnte danach mehr als 17 000 Stellen zusätzlich sichern im Vergleich zu dem bisherigen Ausstiegsszenario. Würden die Kernkraftwerke sogar 60 Jahre laufen, was allerdings eine Nachrüstung erforderlich machen würde, beliefte sich der Beschäftigungseffekt auf 42 000 Stellen.

Der Umweltschutzverband BUND warnt hingegen vor einer Laufzeitverlängerung. Das atomare Risiko und das Problem der Atommüllentsorgung würden verschärft. Die Atomkraft sei keine Antwort auf die Klimaproblematik.

(KStA)

Copyright 2005 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.